

# Allgemeine Geschäftsbedingungen der Karl Müller GmbH & Co. KG

## Für den Verkauf fabrikneuer und gebrauchter Kaufgegenstände und deren Instandsetzung

### I. Allgemeines

- Die Lieferungen und Leistungen der Firma Karl Müller GmbH & Co. KG, im Folgenden als Verkäufer bezeichnet, erfolgen ausschließlich auf Grund dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen. Diese gelten somit auch für alle zukünftigen Verträge. Entgegenstehende und von diesen Verkaufsbedingungen abweichende Bedingungen des Bestellers erkennen wir nicht an, es sei denn, der Verkäufer hätte ausdrücklich schriftlich ihrer Geltung zugestimmt.
- Der Käufer ist an die Bestellung sechs Wochen, beginnend mit dem Tage des Zugangs der Auftragsbestätigung gebunden. Der Kaufvertrag ist abgeschlossen, wenn der Verkäufer die Annahme des näher bezeichneten Kaufgegenstandes innerhalb dieser Frist schriftlich bestätigt oder die Lieferung ausführt. Der Verkäufer ist jedoch verpflichtet, den Besteller unverzüglich zu unterrichten, wenn er die Bestellung nicht annimmt.
- Alle Vereinbarungen zwischen dem Verkäufer und dem Käufer zwecks Ausführung eines Vertrages sind in diesem Vertrag schriftlich niederzulegen. Der Umfang jeder Lieferung richtet sich ausschließlich nach den Angaben der Auftragsbestätigung. Änderungen und Ergänzungen sowie mündliche Nebenabreden bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der schriftlichen Bestätigung des Verkäufers. Der Verzicht auf dieses Formerfordernis bedarf ebenfalls der Schriftform.
- Die Übertragung von Rechten und Pflichten des Käufers aus dem Kaufvertrag bedürfen der schriftlichen Zustimmung des Verkäufers.
- Die in den Verkaufsunterlagen enthaltenen technischen Daten, Zeichnungen, Abbildungen, Maße und Gewichte stellen keine Beschaffenheitsgarantie dar und entsprechen unserem aktuellen Kenntnisstand. Sie sind für den Verkäufer unverbindlich. Der Verkäufer behält sich Konstruktions- und Formänderungen während der Lieferzeit vor, soweit der Liefergegenstand und sein Aussehen nicht wesentlich geändert werden.
- Der Verkäufer behält sich sämtliche Eigentums- und Urheberrechte vor an technischen Zeichnungen, Plänen, Kalkulationen und sonstigen Unterlagen, die dem Kunden zur Verfügung gestellt wurden. Die Weitergabe an Dritte durch den Käufer bedarf der ausdrücklichen schriftlichen Zustimmung des Verkäufers.

### II. Preise

- Der Preis des Kaufgegenstandes versteht sich ab Herstellerwerk. Zusätzliche Nebenleistungen, z. B. Überführungskosten, Zulassungskosten, Versicherung, werden gesondert berechnet.
- Der Abzug von Skonto und sonstiger Nachlässe bedürfen besonderer schriftlicher Vereinbarung.
- Die Mehrwertsteuer ist nicht in den Preisen des Verkäufers enthalten; sie wird in gesetzlicher Höhe am Tag der Rechnungsstellung in der Rechnung gesondert ausgewiesen.
- Preisänderungen, die auf Lohn- oder Materialpreiserhöhungen zurückzuführen sind, bleiben vorbehalten, wenn zwischen Vertragsabschluss und vereinbartem Liefertermin mehr als 4 Monate liegen.

### III. Zahlung

- Der Kaufpreis und Preise für Nebenleistungen sind bei Übergabe des Kaufgegenstandes beziehungsweise bei Aushändigung oder Übersendung der Rechnung zur Zahlung fällig.
- Es gelten die gesetzlichen Regelungen betreffend der Folgen des Zahlungsverzuges.
- Gegenansprüche des Verkäufers kann der Käufer nur dann aufrechnen, wenn die Gegenforderung des Käufers unbestritten ist oder ein rechtskräftiger Titel vorliegt; ein Zurückbehaltungsrecht kann er nur geltend machen, soweit es auf Ansprüchen aus dem Kaufvertrag beruht.
- Mehrere Käufer haften als Gesamtschuldner.
- Der Verkäufer ist berechtigt, bei Auftragserteilung eine angemessene Vorauszahlung zu verlangen

### IV. Lieferung und Lieferverzug

- Liefertermine und Lieferfristen, die verbindlich oder unverbindlich vereinbart werden können, sind schriftlich anzugeben. Lieferfristen beginnen mit Vertragsabschluss. Bei fabrikneuen Kaufgegenständen ist die Abklärung aller technischen Fragen weitere Voraussetzung. Werden nachträgliche Vertragsänderungen vereinbart, ist gegebenenfalls der Liefertermin oder die Lieferfrist neu festzulegen.
- Der Käufer kann sechs Wochen nach Überschreiten eines unverbindlichen Liefertermins oder einer unverbindlichen Lieferfrist den Verkäufer auffordern zu liefern. Mit dem Zugang der Aufforderung kommt der Verkäufer in Verzug. Hat der Käufer Anspruch auf Ersatz eines Verzugschadens, beschränkt sich dieser bei leichter Fahrlässigkeit des Verkäufers auf höchstens 5% des vereinbarten Kaufpreises. Will der Käufer darüber hinaus vom Vertrag zurücktreten und/oder Schadensersatz statt der Leistung verlangen, muss er dem Verkäufer nach Ablauf der 6 Wochen-Frist gemäß Satz 1 eine angemessene Frist zur Lieferung setzen. Hat der Käufer Anspruch auf Schadensersatz statt der Leistung, beschränkt sich der Anspruch bei leichter Fahrlässigkeit auf höchstens 25% des vereinbarten Kaufpreises. Ist der Käufer eine juristische Person des öffentlichen Rechts, ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen oder ein Unternehmer, der bei Abschluss des Vertrages in Ausübung seiner gewerblichen oder selbständigen beruflichen Tätigkeit handelt, sind Schadenersatzansprüche bei leichter Fahrlässigkeit ausgeschlossen. Wird dem Verkäufer, während er in Verzug ist, die Lieferung durch Zufall unmöglich, so haftet er mit den vorstehend vereinbarten Haftungsbegrenzungen. Der Verkäufer haftet nicht, wenn der Schaden auch bei rechtzeitiger Lieferung eingetreten wäre.
- Wird ein verbindlicher Liefertermin oder eine verbindliche Lieferfrist überschritten, kommt der Verkäufer bereits mit Überschreiten des Liefertermins oder der Lieferfrist in Verzug. Die Rechte des Käufers bestimmen sich dann nach Ziffer 2 Sätze 3 bis 6 dieses Abschnitts.
- Höhere Gewalt oder beim Verkäufer oder dessen Lieferanten eintretende Betriebsstörungen, die den Verkäufer ohne eigenes Verschulden vorübergehend daran hindern, den Kaufgegenstand zum vereinbarten Termin oder innerhalb der vereinbarten Frist zu liefern, verändern die in Ziffern 1 bis 2 dieses Abschnitts genannten Termine und Fristen um die Dauer der durch diese Umstände bedingten Leistungsstörungen. Führen entsprechende Störungen zu einem Leistungsaufschub von mehr als vier Monaten, kann der Käufer vom Vertrag zurücktreten. Andere Rücktrittsrechte bleiben davon unberührt.

### V. Abnahme

- Der Käufer ist verpflichtet, den Kaufgegenstand innerhalb von 14 Tagen ab Bereitstellungsdatum abzunehmen. Im Falle der Nichtabnahme kann der Verkäufer von seinen gesetzlichen Rechten Gebrauch machen.
- Verlangt der Verkäufer, bei gleichzeitigem Rücktritt vom Vertrag, Schadensersatz, so beträgt dieser 15% des Kaufpreises. Der Schadensersatz ist höher oder niedriger anzusetzen, wenn der Verkäufer einen höheren oder der Käufer einen geringeren Schaden nachweist.

### VI. Versand, Gefahrübergang und Entgegennahme

- Die Gefahr geht auf den Käufer über sobald der Liefergegenstand an den Käufer, dessen Beauftragten, einem Spediteur oder Frachtführer übergeben worden ist, oder zur Versendung das Lager des Lieferers verlassen hat. Ein vom Käufer gewünschter Versand geschieht auf seine Kosten stets ab Lieferwerk und auf die Gefahr des Abnehmers. Eine Gewährleistung aus etwa erteilten Versandvorschriften wird vom Verkäufer nicht übernommen.
- Die Lieferung wird auf schriftliches Verlangen des Käufers zu seinen Kosten in dem von ihm gewünschten Umfang versichert.
- Transport- und alle sonstigen Ladehilfsmittel müssen vom Käufer übernommen werden. Der Käufer, dessen Beauftragter, der Spediteur oder Frachtführer muss sicherstellen, dass die Vorschriften zur Ladungssicherung eingehalten werden.
- Der Käufer haftet für alle von ihm schuldhaft bei oder vor der Entgegennahme des Liefergegenstandes verursachte Schäden.
- Angelieferte Gegenstände sind, auch wenn Sie Mängel aufweisen, vom Käufer unbeschadet seiner Rechte entgegenezunehmen.

### VII. Eigentumsvorbehalt

- Der Kaufgegenstand bleibt bis zum Ausgleich der dem Verkäufer aufgrund des Kaufvertrages zustehenden Forderungen Eigentum des Verkäufers. Ist der Käufer eine juristische Person des öffentlichen Rechts, ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen oder ein Unternehmer, der bei Abschluss des Vertrages in Ausübung seiner gewerblichen oder selbständigen beruflichen Tätigkeit handelt, bleibt der Eigentumsvorbehalt auch bestehen für Forderungen des Verkäufers gegen den Käufer aus der laufenden Geschäftsbeziehung bis zum Ausgleich von im Zusammenhang mit dem Kauf zustehenden Forderungen. Auf Verlangen des Käufers ist der Verkäufer zum Verzicht auf den Eigentumsvorbehalt verpflichtet, wenn der Käufer sämtliche mit dem Kaufgegenstand im Zusammenhang stehende Forderungen unanfechtbar erfüllt hat und für die übrigen Forderungen aus den laufenden Geschäftsbeziehungen eine angemessene Sicherung besteht. Während der Dauer des Eigentumsvorbehalts steht das Recht zum Besitz der Zulassungsbescheinigung Teil II dem Verkäufer zu.
- Bei Zahlungsverzug des Käufers kann der Verkäufer vom Kaufvertrag zurücktreten. Hat der Verkäufer darüber hinaus Anspruch auf Schadensersatz statt der Leistung und nimmt er den Kaufgegenstand wieder an sich, sind Verkäufer und Käufer sich darüber einig, dass der Verkäufer den gewöhnlichen Verkaufswert des Kaufgegenstandes im Zeitpunkt der Rücknahme vergütet. Auf Wunsch des Käufers, der nur unverzüglich nach Rücknahme des Kaufgegenstandes geäußert werden kann, wird nach Wahl des Käufers ein öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger, z.B. der Deutschen Automobil Treuhand GmbH (DAT), den gewöhnlichen Verkaufswert ermitteln. Der Käufer trägt sämtliche Kosten der Rücknahme und Verwertung des Kaufgegenstandes. Die Verwertungskosten betragen ohne Nachweis 5 % des gewöhnlichen Verkaufswertes. Sie sind höher oder niedriger anzusetzen, wenn der Verkäufer höhere oder der Käufer niedrigere Kosten nachweist.
- Solange der Eigentumsvorbehalt besteht, darf der Käufer über den Kaufgegenstand weder verfügen noch Dritten vertraglich eine Nutzung einräumen.

### VIII. Sachmangel

- Weist der Gegenstand, trotz aller aufgewandeter Sorgfalt innerhalb der Verjährungsfrist einen Sach- oder Rechtsmangel auf, dessen Ursache bereits im Zeitpunkt des Gefahrübergangs vorlag, so hat der Käufer nach unserer Wahl Anspruch auf Nacherfüllung durch Nachbesserung oder Nachlieferung. Es ist uns stets Gelegenheit zur Nacherfüllung innerhalb angemessener Frist zu geben.
- Ansprüche des Käufers wegen Sachmängel an fabrikneuen Kaufgegenständen verjähren entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen von zurzeit zwei Jahren, bei gebrauchten Kaufgegenständen von zurzeit einem Jahr ab Ablieferung des Kaufgegenstandes an den Kunden. Hiervon abweichend gilt für Käufer, die eine juristische Person des öffentlichen Rechts, ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen oder ein Unternehmer ist, der bei Abschluss des Vertrages in Ausübung seiner gewerblichen oder selbständigen beruflichen Tätigkeit handelt, eine Verjährungsfrist von einem Jahr für fabrikneue Kaufgegenstände. Bei gebrauchten Kaufgegenständen erfolgt der Verkauf unter Ausschluss jeglicher Gewährleistung. Bei arglistigem Verschweigen von Mängeln oder der Übernahme einer Garantie für die Beschaffenheit bleiben weitergehende Ansprüche unberührt.
- Mängelansprüche bestehen nicht, wenn der aufgetretene Fehler mindestens in einem der nachfolgend aufgeführten Kausalzusammenhänge steht:
  - Der Käufer hat, soweit für beide Teile ein Handelsgeschäft gegeben ist, seine Untersuchungs- und Rückpflicht (§ 377 HGB) verletzt.
  - Der Kaufgegenstand ist unsachgemäß behandelt oder überansprucht worden.
  - Der Kaufgegenstand wurde in einem nicht vom Verkäufer autorisierten Betrieb instandgesetzt, gewartet oder gepflegt.
  - In den Kaufgegenstand wurden Teile eingebaut, deren Verwendung nicht vom Verkäufer genehmigt worden ist oder der Kaufgegenstand in einer vom Verkäufer nicht genehmigten Weise verändert worden ist.
  - Der Käufer hat die Vorschriften über Behandlung, Wartung und Pflege des Kaufgegenstandes (z. B. Betriebsanleitung) nicht befolgt.
- Für die Abwicklung einer Mängelbeseitigung gilt folgendes:
  - Ansprüche auf Mängelbeseitigung kann der Käufer beim Verkäufer oder bei anderen, vom Hersteller/Importeur für die Betreuung des Kaufgegenstandes anerkannten Betrieben geltend machen; im letzteren Fall hat der Käufer den Verkäufer hiervon zu unterrichten. Bei mündlichen Anzeigen von Ansprüchen ist dem Käufer eine schriftliche Bestätigung über den Eingang der Anzeige auszuhändigen.
  - Wird der Kaufgegenstand wegen eines Sachmangels betriebsunfähig, hat sich der Käufer an dem Ort des betriebsunfähigen Kaufgegenstandes nächstgelegenen, vom Hersteller/Importeur für die Betreuung des Kaufgegenstandes anerkannten dienstbereiten Betrieb zu wenden.
  - Ersetzte Teile werden Eigentum des Verkäufers, die der Käufer, auf Verlangen des Verkäufers, dem Verkäufer übersenden muss, soweit dieser nicht bereits im Besitz der ersetzten Teile ist.
  - Für die zur Mängelbeseitigung eingebauten Teile kann der Käufer bis zum Ablauf der Verjährungsfrist des Kaufgegenstandes Sachmängelansprüche aufgrund des Kaufvertrages geltend machen.
  - Soweit der Kaufgegenstand einen Betriebsdatenspeicher zur Aufzeichnung nutzungsabhängiger Daten (ABS/EBS) verfügt, so gestattet der Käufer dem Verkäufer bei Geltendmachung von Mängeln auf diese Daten Zugriff zu nehmen und diese Daten zu verwerten.
- Bei Fremdaufbauten und -anbaugeräten, die Gegenstand des Kaufvertrages sind, hat sich der Käufer wegen Nachbesserung zunächst an den Hersteller/Importeur des Aufbaus oder Anbaugerätes zu wenden. In gleicher Weise hat sich der Käufer wegen eines gewährleistungspflichtigen Fehlers an Reifen zunächst an den Reifenhersteller/Importeur oder einen von ihm für die Abwicklung anerkannten Betrieb zu wenden. Nachbesserungsansprüche gegen den Verkäufer hat der Käufer nur, wenn der Hersteller/Importeur nicht innerhalb angemessener Frist nachbessert.

### IX. Haftung

- Der Verkäufer haftet nach den gesetzlichen Bestimmungen, sofern der Käufer Schadensersatz oder Aufwendungsersatzansprüche (nachstehend: Schadensersatzansprüche) geltend macht, die auf Vorsatz oder auf grober Fahrlässigkeit beruhen.
- Der Verkäufer haftet nach den gesetzlichen Bestimmungen, wenn er schuldhaft eine wesentliche Vertragspflicht verletzt hat, sowie in den Fällen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit oder soweit der Verkäufer Garantien übernommen hat.
- Der Schadensersatz für die Verletzung einer wesentlichen Vertragspflicht ist auf den vorhersehbaren, typischerweise eintretenden Schadensbetrag begrenzt – bei einer vom Käufer für den betreffenden Schadensfall abgeschlossenen Versicherung auf etwaige damit verbundene Nachteile des Käufers (z. B. höhere Versicherungsprämien) – soweit nicht Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit vorliegt und soweit nicht für die Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit oder aus übernommenen Garantien gehaftet wird.
- Im Übrigen ist die Schadensersatzhaftung – ohne Rücksicht auf die Rechtsnatur des geltend gemachten Anspruchs – ausgeschlossen. Insofern haftet der Verkäufer insbesondere nicht für Schäden, die nicht am Liefergegenstand selbst entstanden sind, wie z. B. entgangenen Gewinn, Produktionsausfall und sonstige Vermögensschäden des Käufers.
- Die zwingenden Bestimmungen des Produktionshaftungsgesetzes bleiben unberührt.
- Aufwendungsersatzansprüche des Käufers sind begrenzt auf den Betrag des Interesses, welcher dieser an der Erfüllung des Vertrages hat.
- Soweit die Haftung des Verkäufers ausgeschlossen oder beschränkt ist, gilt dies auch für die persönliche Haftung der Arbeitnehmer, Vertreter und Erfüllungsgehilfen.

### X. Sonstiges

- Soweit der Käufer Kaufmann im Sinne des HGB, eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist, ist der Gerichtsstand für alle Ansprüche aus der Geschäftsverbindung der Sitz des Verkäufers.
- Erfüllungsort ist Baiersbrunn-Mitteltal.
- Die Beziehungen zwischen den Vertragsparteien regeln sich ausschließlich nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht, unter Ausschluss des Kollisionsrechts. Die Geltung des CISG wird ausgeschlossen.

# General Terms and Conditions of Karl Müller GmbH & Co. KG

## For the sale of brand-new and used objects of purchase and their repair

### I. General

- The deliveries and services of the company Karl Müller GmbH & Co. KG, hereafter referred to as the "Seller", take place solely on the basis of the present General Terms and Conditions. These apply to all future contracts as well. Any conditions on the part of the ordering party that conflict with or deviate from these conditions of sale shall not be recognised, unless the Seller has expressly approved of their validity in writing.
- The Purchaser is bound to the order for six weeks, beginning with the day on which the order confirmation is received. The purchase contract has been concluded when the Seller gives written confirmation of acceptance of the object of purchase described in detail or carries out its delivery within this period. The Seller, however, is under obligation to inform the ordering party immediately if the order is not accepted.
- All agreements which are made between the Seller and the Purchaser for the purpose of implementing a contract must be set out in writing in this contract. The scope of each delivery is exclusively based on the details of the order confirmation.  
Modifications and supplements as well as oral subsidiary agreements require the written confirmation of the Seller in order to be valid. A waiver of this writing requirement must also be in writing.
- Assigning any rights and duties of the Purchaser under the purchase contract requires the written consent of the Seller.
- The technical data, drawings, figures, dimensions and weights contained in the sales documents are not a guarantee of quality and correspond to our current state of knowledge. They are not binding for the Seller. The Seller reserves the right to make changes to the construction and form during the delivery period, provided that the delivery item and its appearance have not been significantly modified.
- The Seller retains full ownership and copyrights on technical drawings, diagrams, calculations and similar documents that have been made available to the Customer. The Purchaser requires the explicit written consent of the Seller before passing them on to third parties.

### II. Prices

- The price of the object of purchase is defined as the price ex-works from the manufacturer. Additional auxiliary services, such as e.g. transportation costs, registration costs and insurance, will be invoiced separately.
- Cash discounts and other price reductions require a separate written agreement.
- Value added tax is not included in the prices of the Seller; it will be separately shown on the invoice at the statutory rate on the invoice date.
- We reserve the right to changes in price resulting from wage and material price increases if the time between the conclusion of the contract and the agreed date of delivery is longer than 4 months.

### III. Payment

- The purchase price and the prices for auxiliary services are due for payment when the object of purchase is handed over or the invoice is delivered or mailed.
- The statutory regulations concerning the consequences of default in payment apply.
- The Purchaser can only offset claims of the Seller if the counterclaim of the Purchaser is undisputed or a legally enforceable title exists; the Purchaser may only assert a right of retention where this is based on claims under the purchase contract.
- Several Purchasers are liable as joint and several debtors.
- The Seller has the right to request a suitable advance payment upon placement of the order.

### IV. Delivery and delayed delivery

- Delivery dates and delivery periods, which can be agreed to be binding or non-binding, must be given in writing. Delivery periods commence upon conclusion of the contract. In the case of brand-new objects of purchase, the clarification of all technical questions is a further condition.  
If subsequent contractual changes are made, then a new delivery date or delivery period will be agreed upon if necessary.
- Six weeks after a non-binding delivery date or delivery period is exceeded, the Purchaser can demand that the Seller deliver. The Seller is in default upon receipt of this demand. Should the Purchaser have a claim for damages due to default, this shall be limited to a maximum of 5% of the agreed purchase price in the event of slight negligence on the part of the Seller. In addition, if the Purchaser wishes to cancel the contract and/or demands compensation instead of performance, he must set an appropriate period for the Seller to deliver, at the end of the 6-week period in compliance with sentence 1. If the Purchaser is entitled to compensation instead of performance, the claim is limited to maximally 25% of the agreed purchase price in the case of slight negligence. If the Purchaser is a legal person under public law, a legal entity under public law or a merchant who is carrying out his commercial or self-employed business at the time the contract is signed, claims for compensation are excluded in the case of slight negligence. If by chance the delivery becomes impossible for the Seller during the period when he is delayed, he is liable subject to the restrictions to liability agreed above. The Seller bears no liability if the damage would have occurred even if delivery had been punctual.
- If a binding delivery date or a binding delivery period is exceeded, the Seller is considered to be delayed as soon as the delivery date or delivery period is exceeded. The rights of the Purchaser are defined by figure 2, sentences 3 to 6 of this section.
- Force majeure or plant breakdowns that occur to the Seller or to the Seller's suppliers and which temporarily prevent the Seller from delivering the object of purchase on the agreed date or within the agreed period through no fault of his own, change the dates and periods mentioned in figures 1 to 2 of this section for as long as the impairment of performance caused by these circumstances lasts. If the breakdowns cause performance to be delayed for more than four months, the Purchaser may cancel the contract. This is without prejudice to other rights to cancel the contract.

### V. Acceptance

- The Purchaser is under obligation to accept the object of purchase within 14 days of the availability date. If the Purchaser fails to accept, the Seller can assert his statutory rights.
- If the Seller demands compensation while simultaneously cancelling the contract, then this amounts to 15% of the purchase price. The compensation must be set lower or higher if the Seller proves a higher loss or the Purchaser proves that the loss was lower.

### VI. Shipping, transfer of risk and receipt

- The risk is transferred to the Purchaser as soon as the delivery item is transferred to the Purchaser, his representative, a forwarding agent or carrier, or has left the Supplier's warehouse for shipping. Any shipping requested by the Purchaser occurs at his expense, always from the supplier's works and at the customer's risk. No warranty based on any issued shipping instructions is assumed by the Seller.
- The delivery is insured to the amount desired by the Purchaser upon his written request and at his expense.
- Transport aids and all other loading aids must be assumed by the Purchaser. The Purchaser, his representative, the forwarding agent or carrier must ensure that the regulations for securing loads are observed.
- The Purchaser is liable for any and all damage which he causes by his negligence during or before receipt of the delivery item.
- The Purchaser shall receive the delivered goods even if they demonstrate defects, without prejudice to his rights.

### VII. Retention of title to ownership

- The object of purchase remains the property of the Seller until such time as the debts receivable under the purchase contract to which he is entitled are settled.  
If the Purchaser is a legal person under public law, a legal entity under public law or a merchant who is carrying out his commercial or self-employed business at the time the contract is signed, the retention of title to ownership also applies to the Seller's debts receivable from the Purchaser from the current business relationship until debts in connection with the purchase have been settled.  
If the Purchaser demands it, the Seller is under obligation to forego the retention of title to ownership if the Purchaser has indisputably paid all outstanding debts in connection with the purchase object and adequate security has been given to cover other debts arising from the current business relations.  
For the duration of the retention of title to ownership, the Seller has the right to hold the registration document (part II) of the vehicle.
- If the Purchaser falls into arrears with payments, the Seller may cancel the purchase contract. In addition to this the Seller is entitled to compensation for damage instead of the payment and takes the purchase object back, the Seller and Purchaser agree that at the time of taking back the purchase object the Seller shall refund the ordinary value of the purchase object at the time it is taken back. At the request of the Purchaser, which may only be expressed immediately after the object of purchase has been taken back, a publicly appointed and sworn expert, e.g. from the Deutsche Automobil Treuhand GmbH (DAT), will establish the ordinary sales value at the discretion of the Purchaser. The Purchaser shall bear all costs of taking back and realising the object of purchase. The realisation costs amount to 5% of the ordinary sale value without proof. They must be set lower or higher if the Seller proves higher costs or the Purchaser proves that the costs were lower.
- As long as the retention of title to ownership continues, the Purchaser may neither dispose of the object of purchase nor grant any third party a right to use it.

### VIII. Material defects

- If, despite all care taken, the object bears a defect in quality or title within the limitation period and the reason for this already existed at the time of the risk transfer, then the Purchaser will be entitled to subsequent performance in the form of rectification of defects or replacement, at our discretion. We will always be given the opportunity to render subsequent performance within a reasonable period of time.
- Claims on the part of the Purchaser owing to material defects in objects of purchase become time-barred in accordance with the current legal regulations stipulating two years after delivery for brand-new objects of purchase and one year after delivery to the customer for used objects.  
Deviating from this, a limitation period of one year for brand-new objects of purchase applies if the Purchaser is a legal person under public law, a legal entity under public law or a merchant who is carrying out his commercial or self-employed business at the time the contract is signed. In the case of used objects of purchase, the sale takes place with the exclusion of any guarantee.  
If defects or the assumption of a guarantee for the quality are intentionally misrepresented by silence it is without prejudice to further claims.
- No claims will be accepted if the defect has occurred in at least one of the causal relationships listed in the following:
  - The Purchaser has not fulfilled his obligation to examine and give notice of defects in accordance with § 377 of the German Commercial Code (HGB) insofar as the purchase is a commercial business transaction for both parties.
  - The object of purchase has been improperly handled or excessively strained.
  - The object of purchase has been repaired, serviced or maintained by a business operation not authorized by the manufacturer.
  - Parts have been installed in the object of purchase whose use has not been approved by the Seller or the object of purchase has been modified in a manner that is not approved by the Seller.
  - The Purchaser has not observed the rules on handling, maintenance and care of the object of purchase (e.g. operating instructions).
- The following applies to the process of eliminating defects:
  - The Purchaser can assert claims for rectification of defects against the Seller or against other business operations authorised by the manufacturer/importer for servicing the object of purchase. In the latter case, the Purchaser must inform the Seller of this. If claims are notified verbally, the Purchaser must be issued a written confirmation of receipt of the notification.
  - If the object of purchase becomes inoperable owing to a material defect, the Purchaser must contact the nearest business operation to the location of the inoperable object of purchase that is recognized by the manufacturer/importer for servicing the object of purchase and that is open for business.
  - Replaced parts become the property of the Seller and must be sent to the Seller by the Purchaser upon request by the Seller if he is not in possession of these yet.
  - The Purchaser can assert material defect claims under the terms of the purchase contract for the parts installed in order to eliminate the defects until the limitation time expires for the object of purchase.
  - If the object of purchase has an operating-data memory for recording usage-related data (ABS/EBS), the Purchaser permits the Seller to access and evaluate this data in the case of claims to defects.
- In the case of third-party superstructures and attachments that are objects of the purchase contract, the Purchaser must first contact the manufacturer/importer of the superstructure or attachment regarding rectification. Similarly, in the case of a defect in tyres covered by warranty, the Purchaser shall first contact the tyre manufacturer/importer or a business operation recognized by him for handling this. The Purchaser only has claims to rectification against the Seller if the manufacturer/importer does not rectify the defect within a reasonable period of time.

### IX. Liability

- The Seller is liable according to the statutory provisions if the Purchaser makes a claim for damages or reimbursement of expenses (in the following: claims for damages) that are based on intention or gross negligence.
- The Seller is liable according to the statutory provisions if he has culpably violated an essential contractual duty, as well as in the cases of losses arising from death and injury to body and health or assumed warranties.
- Compensation for the breach of a significant contractual duty is limited to the foreseeable and typically accruing amount of damage – with an insurance policy taken out by the Purchaser for the relevant case of damage to any related disadvantages to the Purchaser (e.g. higher insurance premiums) – insofar as there is no liability due to malicious intent or gross negligence or due to losses arising from death and injury to body and health or assumed warranties.
- Furthermore, liability for damages is excluded – without regard for the legal nature of the claim asserted. In this respect, the Seller is not liable for damage which has not occurred to the delivered object itself, such as e.g. loss of profit, loss of production and other damage to assets of the Purchaser.
- The mandatory provisions of the Production Liability Act remain unaffected.
- Claims for the reimbursement of expenses by the Purchaser shall be limited to the amount of the interest which he had in the fulfilment of this contract.
- Insofar as the liability of the Seller is excluded or limited, this shall also apply to the personal liability of the staff members, employees, representatives and vicarious agents.

### X. Miscellaneous

- Insofar as the Purchaser is a merchant as defined in the German Commercial Code (HGB), a legal person under public law or a legal entity under public law, the place of jurisdiction for all claims resulting from this business relationship is the location of the Seller.
- The place of fulfilment is Baiersbrunn-Mitteltal.
- The relationship between the contracting parties is subject exclusively to the laws of the Federal Republic of Germany, to the exclusion of any conflict of laws. The application of the CISG is excluded.